



Haushalts- und Finanzausschuss

95. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

18. November 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

14:20 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 7 Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit den Auswirkungen der aktuellen Steuerschätzung auf das Land Nordrhein-Westfalen** 1

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine Beratung. Die Thematik soll im Zusammenhang mit der Beratung des Nachtragshaushalts erörtert werden.

- 8 Junge Spätaussiedler integrieren - nicht stigmatisieren** 1

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5465

In Verbindung damit:

Berufliche Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in NRW voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5550

Der Ausschuss berät die Anträge und entscheidet darüber.

*) Nichtöffentlicher Teil zur Tagesordnung s. APr 13/1374

Vertraulicher Teil mit TOP 1 bis 6 s. Vertr. APr 13/54

Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5465** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Der **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/5550** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

9 Das beste Personal für unsere Kinder - Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung 2

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4694

Ausschussprotokolle 13/1303 und 13/1349

Der Ausschuss **lehnt** ohne Diskussion den **Antrag** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU **ab**.

10 Abschaffung der Hundesteuer und der Jagdsteuer in Nordrhein-Westfalen 3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5762

Der Ausschuss **lehnt** diesen **Antrag** ebenfalls ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **ab**.

11 Nationalpark Eifel: Dubiose Veräußerungs- und Tauschgeschäfte des Höhn-Ministeriums sofort stoppen 3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5670

Nach kurzer Beratung **lehnt** der Ausschuss den **Antrag** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **ab**.

- 12 Achtes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** 4

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5958

Zuschrift 13/4307

Der Ausschuss nimmt eine kurze Beratung vor. Die Auswertung der Anhörung soll in der nächsten Woche erfolgen.

- 13 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)** 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorlage 13/3054

Nach kurzer Beratung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, zu dem Gesetzentwurf **kein Votum abzugeben**.

- 14 Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)** 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6099

Der Ausschuss erörtert kurz das Beratungsverfahren. Er kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

- 15 Verschiedenes** 7

13 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/5987

Vorlage 13/3054

Vorsitzender Volkmar Klein legt dar, dieser Gesetzentwurf sei am 7. Oktober 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. Dieser wolle seine Beratungen am 2. Dezember abschließen, sodass der HFA als einer der mitberatenden Ausschüsse sein Votum dazu möglichst heute abgeben sollte.

Manfred Palmen (CDU) trägt vor, die CDU-Fraktion habe sich noch nicht endgültig entschieden, wie sie sich positionieren werde. Sie meine, dass der Gesetzentwurf in die richtige Richtung gehe, für Familienstiftungen aber noch nicht attraktiv genug sei. Dem Anliegen der CDU-Fraktion, im musealen Bereich eine Öffnung zu erreichen, das sie vor eineinhalb Jahren in einem Antrag zum Ausdruck gebracht habe, werde offenbar teilweise Rechnung getragen. Das erscheine aber nicht ausreichend, um zu wirklichen Verbesserungen zu kommen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) schlägt vor, den Antrag ohne Votum weiterzuleiten, weil seine Fraktion noch einige Aspekte zu klären habe.

Damit kann sich **Angela Freimuth (FDP)** einverstanden erklären, weil auch ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Dem Verfahren stimmt auch **Gisela Walsken (SPD)** zu. Möglicherweise gebe es gemeinsame inhaltliche Ansatzpunkte.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, zu dem Gesetzentwurf kein Votum abzugeben.

14 Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6099

Dieser Gesetzentwurf sei am 11. November 2004 federführend an den AGS-Ausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie den HFA überwiesen worden, bemerkt **Vorsitzender Volkmar Klein**. Nach seinen Informationen plane der federführende Ausschuss, am 12. Januar eine Anhörung durchzuführen. Er schlage vor,

sich daran nachrichtlich zu beteiligen, heute jedoch keine inhaltliche Beratung vorzunehmen.

Manfred Palmen (CDU) weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf im Plenum bereits sehr breit diskutiert worden sei. Seine Fraktion halte es deshalb für möglich, ihn ohne Votum an den Fachausschuss weiterzuleiten.

Demgegenüber hielte **Angela Freimuth (FDP)** es angesichts der finanziellen Aspekte des Gesetzentwurfs für wünschenswert, dass sich der HFA nach der Anhörung damit befasse und auch ein Votum dazu abgebe. Sie unterstütze von daher den Vorschlag des Vorsitzenden.

Gisela Walsken (SPD) hielte es für sinnvoll, zunächst die Anhörung abzuwarten.

Vorsitzender Volkmar Klein stellt abschließend fest, dass sich der HFA an der Anhörung nachrichtlich beteiligen und anschließend darüber befinden werde, ob er zu dem Gesetzentwurf ein Votum abgebe.

15 Verschiedenes

Manfred Palmen (CDU) trägt erstens vor, die "Neue Westfälische" habe am 16. November unter der Überschrift "Staat verliert Monopol auf Sportwetten - Urteil kostet NRW Steuereinnahmen" davon gesprochen, dass der Staat "sein Glücksspielangebot kontinuierlich mit Hilfe offensiver Werbekampagnen ausgedehnt" habe, was aber nicht zulässig sei. - Er wüsste gerne, wie viele Einnahmen das Land durch das Urteil verliere.

Zweitens: Im Zuge der Haushaltsberatung sei ihm aufgefallen, dass die Oberfinanzdirektion eine Bauabteilung mit rund 100 Beschäftigten unterhalte, in der im Wege der Organleihe Aufgaben für den Bund erledigt würden, die dieser auch finanziere. Unter anderem zahle der Bund einen Versorgungszuschlag für die Bediensteten. - Er bitte mitzuteilen, wo die Einnahmen und die Ausgaben im Haushalt ausgewiesen würden.

Drittens bitte er die Landesregierung um einen kurzen Sachstandsbericht in Sachen LEG; hierzu habe es in den letzten Tagen einige unerfreuliche Presseberichte gegeben.

Vorsitzender Volkmar Klein hält fest, dass die ersten beiden Fragen demnächst beantwortet würden. Zur dritten Frage könne das Finanzministerium angesichts der besonderen Aktualität vielleicht schon etwas mitteilen.

StS Steller (FM) kann leider dazu nichts sagen. Gestern sei schlagartig offenkundig geworden, dass nach Meinung der Staatsanwaltschaft bei der LEG etwas nicht stimme. Zu dem laufenden Verfahren gebe die Staatsanwaltschaft aber keine Auskünfte. Das